

Kleine Anfrage

**der Abg. Werner Raab, Manfred Groh, Joachim Kößler,
Heribert Rech und Katrin Schütz CDU**

und

Antwort

des Innenministeriums

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Land- und Stadtkreis Karlsruhe jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?
4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Land- und Stadtkreis Karlsruhe jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdiensts, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?
5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Land- und Stadtkreis Karlsruhe damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?
6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?
7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Land- und Stadtkreis Karlsruhe wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Land- und Stadtkreis Karlsruhe wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Land- und Stadtkreis Karlsruhe wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Land- und Stadtkreis Karlsruhe wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

23.01.2013

Raab, Groh, Kößler, Rech, Schütz CDU

Antwort

Mit Schreiben vom 25. Februar 2013 Nr. 3-112/45/450 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Land- und Stadtkreis Karlsruhe jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 1. und 2.:

Gemeinde	Anschrift	L/A**	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Karlsruhe	Beiertheimer Allee 16	L	Polizeipräsidium Karlsruhe	*
Karlsruhe	Hertzstr. 8–10 a	A	Polizeipräsidium Karlsruhe	*
Karlsruhe	Neureuterstr. 37 b	A	Polizeipräsidium Karlsruhe	*
Karlsruhe	Rheinstr. 44	A	Polizeipräsidium Karlsruhe	*
Karlsruhe	Durlacher Allee 31–33	L	Landespolizeidirektion, Polizeipräsidium/Verkehrspolizei, Polizeirevier	*
Karlsruhe	Hebelstr. 1–5	L	Landespolizeidirektion	*
Karlsruhe	Alte Weingartner Str. 49	L	Landespolizeidirektion/Kriminaltechnische Untersuchung, Polizeipräsidium/Einsatztraining, Autobahnpolizeirevier	*
Karlsruhe	Moltkestr. 62 + 84	L	Notruf/Gewahrsam	*
Karlsruhe	Moltkestraße 72	A	LPD/Gemeins. Ermittl. Rauschgift	*
Karlsruhe	Gerwigstr. 26	L	Verkehrsunfallaufnahme	Verkehrspolizeiliche Ermittlungsgruppe
Karlsruhe	Karl-Friedrich-Str. 15	L	Polizeirevier – Marktplatz	wie bisher
Karlsruhe	Beiertheimer Allee 16	L	Polizeirevier – Südweststadt	wie bisher
Karlsruhe	Moltkestraße 68	L	Polizeirevier – West	wie bisher

Gemeinde	Anschrift	L/A**	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Karlsruhe	Amthausstraße 11–13	L	Polizeirevier – Durlach	wie bisher
Karlsruhe	Akademiestr. 1	L	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Wilhelm-Leuschner-Str. 5	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Werderstr. 45	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Augartenstr. 59	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Rastatterstr. 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Grünwinklerstr. 10	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Rheinstr. 95	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Durmersheimer-str. 55	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	StettinerStr. 41	L	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Bärenweg 39 b	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Julius-Bender-Str. 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Am Wetterbach 37	A	Polizeiposten	wie bisher
Karlsruhe	Alte Karlsruher Str. 31	L	Autobahnpolizeirevier	wie bisher
Karlsruhe	Am Heegwald 25	L	Polizeihundeführerstaffel	wie bisher
Karlsruhe	Nordbeckenstr. 19	L	Wasserschutzpolizeidirektion	Polizeipräsidium Einsatz
Karlsruhe	Am Ölhafen	A	Wasserschutzpolizeidirektion	Polizeipräsidium Einsatz
Malsch	Am Kirchplatz 4	A	Polizeiposten	wie bisher
Waldbronn	Kronenstr. 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Pfintztal	Alte Pfarrhausgasse 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Rheinstetten	Rappenwörtstr. 51	A	Polizeiposten	wie bisher
Ettlingen	Pforzheimer Str. 18	L	Polizeipräsidium/ Kriminalaußenstelle; Polizeirevier	Polizeipräsidium Karlsruhe, Polizeirevier
Egg.-Leopoldsh.	Leopoldstr. 101	A	Polizeiposten	wie bisher
Stutensee	Bahnhofstr. 24	A	Polizeiposten	wie bisher
Weingarten	Rathausplatz 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Bad Schönborn	Hauptstr. 11	L	Polizeirevier	wie bisher
Kraichtal	Unterdorfstr. 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Ubstadt-Weiher	Röhringstr. 4	A	Polizeiposten	wie bisher
Ubstadt-Weiher	Bruchsaler Straße	A	Polizeiposten	wie bisher
Östringen	Georg-Fr. Händelstr. 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Bretten	Weißhofer Str. 47	L	Polizeirevier	wie bisher
Oberderdingen	Wette 5	A	Polizeiposten	wie bisher
Sulzfeld	Am Kohlbach 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Walzbachtal	Wössinger Str. 104	A	Polizeiposten	wie bisher
Philippsburg	Lessingstr. 10	L	Polizeiposten	wie bisher
Waghäusel	Schönbornstr. 7	A	Polizeiposten	wie bisher
Graben-Neudorf	Mannheimer Str. 67	L	Polizeiposten	wie bisher
Karlsdorf-Neuthard	Amalienstr. 1 a	A	Polizeiposten	wie bisher
Bruchsal	Schloßstr. 23	L	Polizeipräsidium/ Kriminalaußenstelle	Kriminalkommissariat Bruchsal
Bruchsal	Schönbornstr. 22–24	L	Verkehrspolizei	Verkauf nach Freimachung
Bruchsal	Schönbornstr. 12–14	L	Polizeirevier	wie bisher
Bruchsal	Dittmannswiesen 64	L	Bereitschaftspolizei Ba-Wü	Polizeipräsidium Einsatz

* Nach den bisherigen Erhebungen ergeben sich für die Unterbringung des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe verschiedene Möglichkeiten, die im weiteren Verfahren näher geprüft werden müssen. Erst danach sind abschließende Aussagen zur weiteren Verwendung der betreffenden Immobilien möglich.

** L: Landeseigen
A: Anmietung

3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?

Zu 3.:

Eine Nutzungsaufgabe kann erfolgen, sobald die notwendigen Arbeitsplätze am künftigen Standort zur Verfügung stehen. Nach den Erhebungen, die im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Polizeistrukturereform in einem ersten Schritt durchgeführt wurden, werden dazu teilweise Anpassungsarbeiten an Bestandsgebäuden, Neubaumaßnahmen oder Anmietungen erforderlich. Die notwendigen Maßnahmen müssen jetzt im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig konkretisiert werden. Die Umsetzung wird dann nach Dringlichkeitsgesichtspunkten und im Rahmen der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigung erfolgen.

4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Land- und Stadtkreis Karlsruhe jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdiensts, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?

Zu 4.:

Die Personalstärke des Polizeipräsidiums Karlsruhe – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	1.849	1.675	174
Schutzpolizei	1.359	1.304	55
Kriminalpolizei	248	232	16
Nichtvollzug	242	139	103

Die Personalstärke der Landespolizeidirektion Karlsruhe – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	423	370	53
Schutzpolizei	78	78	0
Kriminalpolizei	138	136	2
Nichtvollzug	207	156	51

Die Personalstärke der Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	923	874	49
Schutzpolizei	831*	824*	7
Kriminalpolizei	4	3	1
Nichtvollzug	88	47	41

* davon 206 Polizeikommissaranwärter und 217 Polizeimeisteranwärter

5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Land- und Stadtkreis Karlsruhe damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?

Zu 5.:

Durch die Auflösung der bestehenden Organisationen wird es die bisherigen Stellen und Funktionen in der neuen Struktur so nicht mehr geben. Erforderliche Per-

sonalumsetzungen orientieren sich zwar an den dienstlichen Erfordernissen, wobei im Rahmen personalwirtschaftlicher Maßnahmen weitgehend der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ zum Tragen kommen wird, erfolgen aber möglichst sozialverträglich.

Es ist beabsichtigt den eigentlichen Personalmaßnahmen ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) vorzuschalten. Dieses ist ein strukturiertes Verfahren, in dem neben Verwendungswünschen und Negativabgrenzungen auch soziale und wirtschaftliche Belange der Beschäftigten erhoben werden, um sie im Rahmen der zu treffenden Versetzungsentscheidungen angemessen berücksichtigen zu können. Das IBV dient dazu, die Grundlagen dafür zu schaffen, möglichst persönliche Härten zu vermeiden. Den persönlichen Anliegen der betroffenen Beschäftigten soll möglichst entgegengekommen werden. Dienstliche und fachliche Belange zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Umsetzung der Reformziele müssen letztlich einzelfallbezogen mit den persönlichen Interessen der Beschäftigten abgewogen werden.

6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?

Zu 6.:

Ein großer Teil der Angehörigen der Polizei ist nicht von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen. So verbleiben beispielsweise die Beschäftigten der Polizeireviere, der Polizeiposten, der künftigen Kriminalkommissariate sowie jene Beschäftigte aus dem Leitungs- und Querschnittsbereich, die bereits derzeit am neuen Standort der künftigen regionalen Polizeipräsidien Dienst verrichten, am bisherigen Dienstort. Hinzu kommen die Beschäftigten der Verkehrspolizei, deren Präsenz am bisherigen Dienstort auch weiterhin erforderlich ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann in Anbetracht des noch bevorstehenden Interessenbekundungsverfahrens (IBV) keine valide Aussage zu den im Ergebnis tatsächlich von einem Dienstortwechsel betroffenen Beschäftigten und deren künftigen Arbeitsplatz getroffen werden.

Um einen ersten Anhaltspunkt zur möglichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten zu erhalten, konnte die vorläufige Erhebung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Personal folgt Aufgabe“ durchgeführt werden. Die genaue Größe und Zusammensetzung der tatsächlich betroffenen Beschäftigungsgruppe lässt sich jedoch aufgrund der noch ausstehenden Erkenntnisse aus dem IBV und deren Berücksichtigung im Zuge der sozialverträglichen Umsetzung nicht bestimmen. Das Personal-konzept des Polizeipräsidiums Karlsruhe geht derzeit bei rund 30 Beschäftigten des ehemaligen Polizeipräsidiums Karlsruhe von einem Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums hinaus aus. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Einsatz geht derzeit bei rund 85 Beschäftigten der ehemaligen Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal von einem Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums hinaus aus.

7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Land- und Stadtkreis Karlsruhe wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 7.:

Für Personalmaßnahmen sind Kosten für Telearbeitsplätze, Trennungsgeld und Umzugskosten in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeflossen. Landesweit wurde von 200 zusätzlichen Telearbeitsplätzen ausgegangen. Dafür entstehen Kosten von 1.200 Euro pro Jahr und Telearbeitsplatz. Diese Kosten wurden im Zeitraum von 2014 bis 2017 in die Kalkulation eingerechnet.

Die Kalkulation für Trennungsgeld und Umzugskosten basiert auf einer Erhebung auf Grundlage der Planungen mit Stand November 2012. Diese ergab, dass im

Land- und Stadtkreis Karlsruhe voraussichtlich rund 115 Beschäftigte (30 Beschäftigte des Polizeipräsidiums Karlsruhe und 85 Beschäftigte der Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal) ihren bisherigen Dienstbereich verlassen werden. Für das künftige Polizeipräsidium Einsatz wurden landesweit rund 1.200 Beschäftigte in die Kostenkalkulation eingerechnet. Auf Grund der anzunehmenden Verteilung der Wohnsitze der Beschäftigten wurde für die Hälfte dieser Beschäftigten ein Pauschalbetrag von jeweils 5.000 Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingerechnet. Die Höhe des Pauschalbetrags entspricht den Erfahrungswerten aus der Verwaltungsstrukturreform.

8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Land- und Stadtkreis Karlsruhe wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 8.:

In die Kostenkalkulation wurden vorläufig für bauliche Investitionen bezogen auf den Stadtkreis Karlsruhe rund 19 Mio. Euro und bezogen auf den Landkreis Karlsruhe rund 11 Mio. Euro eingestellt.

9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Land- und Stadtkreis Karlsruhe wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 9.:

Im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturereform sind durch die Bündelung und Verlagerung von Aufgaben (IuK-)Arbeitsplatzumzüge erforderlich. Auf Basis der momentanen Planungen sind im Land- und Stadtkreis Karlsruhe rund 620 (IuK-)Arbeitsplätze (brutto) umzuziehen (rund 620 vom Polizeipräsidium Karlsruhe und keine von der Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal). Für das künftige Präsidium Einsatz wurden landesweit auf Basis der Erhebung im November 2012 gesamt 755 (IuK-)Arbeitsplätze in die Kostenkalkulation eingerechnet. Zur Ermittlung der einmaligen voraussichtlichen Umzugskosten wurden 300 Euro pro Arbeitsplatz zugrundegelegt, wie sie z. B. beim Umzug des Regierungspräsidiums Stuttgart entstanden sind.

Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Polizeistrukturereform, dass zahlreiche IT-Fachverfahren sowie weitere technische Geräte und Ausstattungsgegenstände den neuen organisatorischen Strukturen angepasst werden. Hierfür wurden insgesamt 1,5 Mio. Euro sowie für aktuell noch nicht absehbare Kostenfaktoren insgesamt 1,0 Mio. Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einberechnet. Diese Kosten können nicht landkreisscharf aufgeteilt werden.

10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Land- und Stadtkreis Karlsruhe wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

Zu 10.:

Bezogen auf den Stadtkreis Karlsruhe belaufen sich die Minderbedarfe voraussichtlich auf rund 2 Mio. Euro pro Jahr aus Abmietungen sowie die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen voraussichtlich auf rund 13 Mio. Euro. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Minderbedarfe bzw. Einnahmen steht in Abhängigkeit von der tatsächlichen liegenschaftlichen Realisierung (siehe Ausführungen zu Ziffer 3).

Gall

Innenminister